

Aktionsprogramm "Mehrgenerationenhäuser" - Kooperationsgespräch der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW) mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Am 15. Januar 2009 fand ein gemeinsames Gespräch der BAG FW mit dem BMFSFJ statt. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Erörterung der bisherigen Erfahrungen und Problemanzeigen aus den Mehrgenerationenhäusern. Grundlage bildeten die dankenswerterweise zahlreichen Rückmeldungen einzelner Mehrgenerationenhäuser.

Die Diskussion um dieses zentrale Handlungsfeld des Aktionsprogramms "Mehrgenerationenhäuser" verdeutlichte noch einmal wie langsam sich zum Teil vor Ort integrative Angebote entwickeln lassen und sehr der Unterstützung und Begleitung der Koordinatoren oder Koordinatorinnen bedürfen.

Bei dem Handlungsfeld belegt die Wirkungsforschung des BMFSFJ, dass haushaltsnahe Dienstleistungen hauptsächlich in den Bereichen Betreuung und Essensversorgung angesiedelt sind. Die Erfahrungen aus dem Bereich der Wohlfahrtsverbände zeigen aber auch, dass sich mit diesen Angeboten "kein Geld" verdient werden kann.

Auch wird die Etablierung von Dienstleistungsangeboten dort kritisch gesehen, wo sie möglicherweise mit anderen Geschäften wie z.B. Frisörgeschäfte vor Ort in Konkurrenz treten.

Zudem hat sich die Vorstellung, dass lokale Wirtschaftsunternehmen in die Finanzierung von Mehrgenerationenhäuser in Form einer nachhaltigen Beteiligung engagieren würden, als nicht realisierbar erwiesen. Erst recht besteht ein geringes Interesse an einer Zusammenarbeit, wenn das Mehrgenerationenhaus in einem sozial benachteiligtem Stadtteil liegt.

Die Frage ob nicht mindestens eine Umschichtung der Mittel (50% Sachkosten und 50% Personalkosten) zugunsten einer Aufstockung der personellen Förderung für die Koordinatorinnen und Koordinatoren möglich wäre, wurden von Seiten des BMFSFJ verneint. Dem Fördergedanken (50% Sachkosten und 50% Personalkosten) habe zugrunde gelegen, die Angebotsstruktur längerfristig aufrechtzuerhalten. Die Mittel für die Aufstockung des Zeitbudgets der Koordinatorinnen und Koordinatoren müssten aus den Komplementärmitteln (Eigenmittel des Trägers) aufgebracht werden.

Um dem sehr zeitintensiven Verwaltungsaufwand für die Mehrgenerationenhäuser zu begegnen, wurde von Seiten der Serviceagentur versucht, das Verfahren zum Selbstmonitoring mit dem des Verwendungsnachweis zu koppeln.

Das BMFSFJ geht davon aus, dass das Aktionsprogramm "Mehrgenerationenhäuser" nach Ablauf der Projektdauer von fünf Jahren keine weitere Förderung mehr erhält. Als Möglichkeiten, um die Mehrgenerationenhäuser zu erhalten wird u.a. die Gründung von Bürgerstiftungen oder das Fundraising in Erwägung zu ziehen sein sowie in einer strategisch besseren Verankerung der Mehrgenerationenhäuser in den Kommunen.

Aus Sicht des BMFSFJ sind die Mehrgenerationenhäuser als Zweckbetriebe, d.h. als gemeinnützige Körperschaften im Sinne der Abgabenordnung anzusehen. Um hier zu einer bundesweit einheitlichen steuerrechtlichen Bewertung der Mehrgenerationenhäuser zu kommen ist das BMFSFJ derzeit mit dem Bundesfinanzministerium im Gespräch. Die Fragen der Umsatzsteuerpflicht bleiben davon unberührt.

Zu weiteren finanziellen Fragen steht die Serviceagentur - auch über ihr Intranet - zur Verfügung.

Eine Übersicht über die Moderationskrestreffen von Januar bis März 2009 sind in der Anlage zu finden. Fachtage zum Thema Kooperation mit der Wirtschaft finden statt:

am 12. März in Stutensee, am 24. März in Herford. Weitere Fachtage zu den Querschnittsthemen Integration und Pflege/Demenz sind in Planung. (Quelle: DW Info 7.2.09)